Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 2 || **Freitag, den 3. Januar 1930** || **82. Jahrgang**

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Der Jahreswechsel) verlief hier im allgemeinen rein äußerlich wie alle Jahre. Von 3/4 12 Uhr an kam Leben in die Straßen und besonders am Marktplatz sammelte sich, je näher der Uhrzeiger der 12. Stunde rückte, mehr und mehr Publikum an. Beim ersten Glockenschlag des neuen Jahres vom Kirchturme begann das allgemeine Beglückwünschen unter der beträchtlichen Menge, die unaufhörlich während des Läutens den Marktplatz umkreiste. Wie üblich, wurde auch diesmal allerlei Scherz und Allotria getrieben und sah man mancherlei ulkige Verkleidung. Aber wie enttäuscht war die große Menge auf dem Marktplatz, als man von dem üblichen Choralblasen — sei es von den Ratskellerstufen oder vom Kirchturm — nichts hörte. Warum läßt man diese alte Sitte einschlafen? Winterwetter war diesmal nicht zu verzeichnen beim Jahresanfang, im Gegenteil, das Wetter war regnerisch und auch der Neujahrstag verlief bei windigem Wetter.

Pulsnitz. (Zugelaufen) 1 brauner Schäferhund. Der Eigentümer wolle sich melden beim Stadtrat Pulsnitz, 1 Treppe, Fundamt.

Pulsnitz. (Sächs. Militärverein.) Auf das am Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr, im hiesigen Schützenhaus stattfindende Weihnachtsvergnügen mit 67. Stiftungsfest des hiesigen Militarvereins wird, da es ein genußreicher Abend zu werden verspricht, besonders hingewiesen.

— (Mütterberatung) findet statt am 8. Januar, nachmittags 2 Uhr im Rathaus zu Ohorn. Arzt wird anwesend sein.

— (Das Jahr 1930) zählt 365 Tage. Ostern ist am 30. April, Pfingsten am 8. Juni, erster Adventssonntag am 30. November, Aschermittwoch am 5. März. Das Neujahrsfest fällt auf einen Mittwoch, das Weihnachtsfest ebenfalls auf einen Mittwoch. Im Jahre 1930 finden zwei Sonnenfinsternisse und zwei Mondfinsternisse statt; in unseren Gegenden ist die zweite Mondfinsternis sichtbar. Am 13. April haben wir eine partielle Mondfinsternis, am 28.4. eine ringförmige Sonnenfinsternis, am 7. Oktober wieder eine partielle Mondfinsternis und am 21. auf den 22. Oktober eine totale Sonnenfinsternis.

— (Welcher Ort auf Erden hat zuerst Neujahr?) Das neue Jahr hält seinen Einzug zuerst auf Neuseeland. Wenn wir uns an unseren Silvester-Mittagstisch setzen, um 1 Uhr nachmittags, feiert man dort schon den Beginn des neuen Jahres. Sidney, die australische Hauptstadt, ist um 3 Uhr nachmittags (mitteleuropäischer Zeit) an der Schwelle des neuen Jahres angelangt. Um 7 Uhr ruft man sich in Kalkutta (Indien) „Prost Neujahr" zu. Wir befinden uns schon 9 Stunden im neuen Jahr, wenn man sich in San Franzisko zum neuen Jahr beglückwünscht. Die zu Neuseeland gehörige Insel Chatam beginnt auf der ganzen Erde zuerst das neue Jahr.

Dresden. (Bekämpfung des internationalen Verbrechertums.) Das Justizministerialblatt für den Freistaat Sachsen Nr. 13 vom 28. Dezember enthält eine Verordnung über die Bekämpfung des internationalen Verbrechertums, in der es heißt: Bei der Bundespolizeidirektion in Wien ist unter dem Namen „Internationales Büro" eine Zentralstelle zur Bekämpfung des internationalen Verbrechertums errichtet. Das Internationale Büro steht mit den meisten europäischen Staaten, sowie mit den Vereinigten Staaten von Amerika im politischen Verkehr und erhält von ihnen regelmäßig Nachrichten über das Auftreten internationaler Verbrecher, über Leichenbefunde, wenn die Vermutung besteht, daß es sich dabei um einen Ausländer oder um ein von einem Ausländer begangenes Verbrechen handelt, über vermißte Personen, von denen vermutet wird, daß sie sich ins Ausland begeben haben, sowie über bedenkliches oder verschlepptes Gut. Das Internationale Büro hat die Aufgabe, diese Nachrichten zu sammeln, unter den verschiedenen ihm angeschlossenen Staaten auszutauschen und auf Grund des bei ihm zusammenlaufenden Materials Auskünfte zu erteilen, sowie auf Ersuchen weitere Erwägungen in Oesterreich zu veranlassen. Auch die Justizbehörden sind befugt, sich in wichtigen Fällen an das Internationale Büro

Beginn der zweiten Haager Konferenz

Belgiens Ministerpräsident Jaspar eröffnet die erste Vollsitzung

Die Delegationen der Länder haben ihre Heimat verlassen, um sich im Haag zwecks Verhandlungen an den grünen Tisch zu setzen und endgültig über das zukünftige Schicksal Deutschlands zu entscheiden. Die französische Delegation verließ Paris am Donnerstag um 11 Uhr vormittag, die deutsche Delegation in zwei Abteilungen Berlin am Donnerstagmittag und Donnerstagabend. Zu gleicher Zeit meldete die Pariser Presse, daß es zur allgemeinen Regelung im Haag kaum mehr ein Hindernis geben dürfte, da Bulgarien im Prinzip einer Jahreszahlung von 11 Millionen Goldfranken an Stelle der geforderten 12,5 Millionen zugestimmt (?) habe. Allerdings verhalte sich Ungarn noch immer widerspenstig und wolle grundsätzlich keine Reparationen zahlen.

In einem Brief an die „Revue de Paris" nahm der ehemalige französische Ministerpräsident Poincaré das Wort und erklärte, daß er nicht die Gelegenheit verpaßt habe, wie ihm vorgeworfen sei, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes in Geld umzumünzen. Sonderverhandlungen mit Deutschland habe er nicht führen können, weil er vor der Ruhrbesetzung in der französischen Kammer ausdrücklich erklärt habe, ebenso wie England, Belgien und Italien, daß Frankreich die Rechte aller Gläubiger Deutschlands verteidigen werde.

Die technischen Vorbereitungen für die zweite Hager Konferenz

sind von der niederländischen Regierung bereits beendet worden. Die Konferenz beginnt am Freitagnachmittag 5 Uhr und wird durch ihren Präsidenten, den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, der auch die August-Konferenz leitete, mit einer Vollsitzung eröffnet werden. Eine Teilung der Konferenz in einen politischen und einen wirtschaftlichen Ausschuß soll vermieden werden. Die Konferenz wird im Haager Binnenhof, jedoch nicht in den Räumen des niederländischen Senats, sondern in der Abgeordnetenkammer tagen. Einige Haager Abordnungen sind bereits im Haag eingetroffen. Die französische Abordnung leiten Tardieu und Briand, die belgische Jaspar und Hymans. Führer der englischen Abordnung sind diesmal Snowden und Graham. Sie traf am Freitagvormittag im Haag ein. Der österreichische Bundeskanzler Schober befand sich bereits am Donnerstagabend im Haag.

Vor dem Beginn der Haager Konferenz hatten der französische Ministerpräsident Tardieu, der französische Außenminister Briand und der englische Schatzkanzler Snowden eine Unterredung vereinbart, der große Bedeutung deshalb beigemessen wird, als diese Zusammenkunft die

Einheitsfront der Gläubigermächte gegen Deutschland

auf der Haager Konferenz endgültig herbeiführen sollte. Aus dem Ausland verlautet im übrigen nach wie vor, daß Frankreich die Einsetzung eines Schiedsgerichts plane, das bei Streitigkeiten über den Young-Plan entscheiden solle, auch über gegen Deutschland anzuwendende Sanktionen, falls Deutschland den Young-Plan nicht erfülle.

Die deutsche Abordnung unterwegs

Berlin, 2. Januar. Die deutsche Abordnung für den Haag mit den Reichsministern Curtius, Wirth, Moldenhauer und Robert Schmidt an der Spitze ist am Donnerstag abend um 21.37 Uhr nach dem Haag abgereist. Der deutschen Abordnung gehören u. a. noch an: vom Auswärtigen Amt Staatssekretär v. Schubert und die Ministerialdirektoren Gauß und Ritter, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schäffer, von der Reichskanzlei Staatssekretär Pünder, vom Ministerium für die besetzten Gebiete Ministerialdirektor Müller und von der Presseabteilung der Reichsregierung der Ministerialdirektor Zechlin.

Der „Vorwärts" über die Haager Konferenz

Berlin. Der „Vorwärts" beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Haager Konferenz. Dabei kommt er auch auf die Sanktionsfrage zu sprechen. Zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten — genauer gesagt zwischen Deutschland und Frankreich, das deshalb auch den Ministerpräsidenten Tardieu entsende — gebe es nur eine Streitfrage: die Sanktionen. Soziologisch und ökonomisch gesehen sei der Gedanke absurd, Frankreich dürfe auf das Recht auf militärische und andere Sanktionen gegen Deutschland im Falle einer absichtlichen Zahlungsversäumnis zurückgreifen. Nichts würde eine Stockung deutscher Zahlungen so verschärfen und seine völlige Zahlungsunfähigkeit so sicher herbeiführen, wie die Drohung und Durchführung von Sanktionen, es brauche nur an die katastrophale Währungszerrüttung von 1923 erinnert zu werden. Juristisch sei die Idee, auch den Schein eines Rechts auf Sanktionen zu bewahren, nicht weniger verdreht. Habe doch der Vertrag von Locarno für alle Zukunft Gewaltmaßnahmen von der Art des Ruhreinbruchs ebensogut wie den Krieg selbst zwischen den beiden Nachbarvölkern ausgeschlossen. Der Plan, das Sanktionsrecht aufrechtzuerhalten, wäre umso absurder, als die Reparationskommission endgültig und für immer verschwinde — also die Instanz, die einzig dazu berechtigt gewesen sei, eine deutsche Verfehlung festzustellen, auf die hin die Gläubigerregierungen Sanktionen hätten unternehmen dürfen. Reparationssanktionen ohne Reparationskommission wären gerade im Sinne des Versailler Vertrages eine völlig törichte in sich haltlose Vorstellung. Der französische Nationalist klammere sich trotzdem an sie. Die Angst vor der Sanktionen existiere nicht für die britische Arbeiterregierung, ebensowenig sei von ihr die französische oder die deutsche Sozialdemokratie befallen. Aber die Angst vor den Sanktionen ist nun einmal eine Realität in den heute noch mit- oder vorherrschenden Schichten des kontinentalen Europa. Deshalb habe man sich in Verhandlungen zwischen Paris und Berlin bemüht, auch hier eine Konkordienformel zu finden, um die geängstigten Gemüter zu versöhnen.

Das Agreement für Senatdr Sackett erteilt

Berlin, 2. Januar. Nach einer Meldung der „DAZ" aus Washington ist im Weißen Haus die Nachricht aus Berlin eingetroffen, daß das Agreement für den neuen Botschafter der Vereinigten Staaten Senator Sackett erteilt worden ist. Die Ernennung wird offiziell bekanntgegeben werden, sobald der Senat sein Einverständnis erklärt hat, das kommenden Montag zu erwarten ist.

Generaloberst v. Seeckt über die deutsche Außenpolitik.

Wien. In einem Wiener Blatt äußert sich Generaloberst a. D. v. Seeckt über die Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik. Er schreibt u. a.: „Es ist wahrlich heute nicht leicht, Deutschlands Außenpolitik zu führen. Nur über ihr Ziel sollte kein Zweifel sein. Es ist die Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat. Diesem Ziel deutscher Außenpolitik stellt sich der Vertrag von Versailles entgegen. Weniger noch er selbst als seine Auslegung, die unter Wahrung eines Scheins von Recht der Stärkere dem Wehrlosen aufzwingt."

Ueber die Rheinlandfrage äußert sich v. Seeckt u. a.: „Die Rheingrenze, die Foch forderte, wurde nicht erreicht, aber das Bestreben nach verzögerter und zögernder Räumung, die Rheinlande unter Kontrolle und Einfluß zu halten, ist weder aufgegeben noch aussichtslos. Es ist gut, sich diese nicht anzuzweifelnde Lage, die der Vertrag von Versailles geschaffen hat, vorzuhalten, denn allein aus ihr läßt sich die Grundlage für eine deutsche Politik ableiten. Diese Grundlage ist der Kampf gegen den Vertrag, der Deutschland die Zukunft sperrt und sperren soll." Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Die Friedensverträge gehen auf dem einen oder anderen Weg ihrer Auflösung entgegen, und diese Auflösung ergibt das Kampffeld der deutschen Außenpolitik, die für diesen Kampf der Macht bedarf, die zu schaffen ihre erste Aufgabe ist."

Spaniens Interessen im Mittelmeer.

Paris. Die spanische Regierung hat in Madrid eine Erklärung über ihre Stellung zu der bevorstehenden Londoner Konferenz und zu dem Problem eines Mittelmeerabkommens veröffentlichen lassen. Die Meldungen, wonach die spanische Regierung den Wunsch geäußert haben soll, an der Londoner Seeabrüstungskonferenz selbst teilzunehmen, werden dementiert. Was hingegen die Frage des Mittelmeerabkommens anbetrifft, so sehe sich die Regierung veranlaßt, ohne dabei ihre Zurückhaltung gegenüber der Seeabrüstung zu ändern, Frankreich, England und Italien als die am Mittelmeer direkt interessierten Staaten wissen zu lassen, daß sie hoffe, von Anfang an zu den eventuellen Beratungen hinzugezogen zu werden.

Eine „Sanktions"-Formel wird gesucht

Paris, 2. Januar. Wie der Pariser Vertreter der TU. erfährt, werden die in Paris begonnenen Besprechungen in der sogenannten Sanktionsformel im Haag zum endgültigen Abschluß gebracht werden. Es handelt sich lediglich darum, eine Formulierung für die nach dem Youngplan bereits feststehende Tatsache zu finden, daß nach dem Inkrafttreten dieses Planes von Sanktionen nicht mehr die Rede sein könne.

SLUB
Wir führen Wissen.